

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Sofortprogramm zur Stärkung der Wirtschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschlands Wirtschaft wächst erneut nur schwach. Nachdem diese im letzten Jahr um 0,3 Prozent geschrumpft ist, sehen aktuelle Prognosen, wenn überhaupt, ein Wachstum nahe der Null voraus. In ihrer Gemeinschaftsdiagnose Ende März sehen die führenden Wirtschaftsinstitute nur noch ein Wachstum der deutschen Wirtschaft von 0,1 Prozent voraus. Im Herbstgutachten standen noch 1,3 Prozent in Aussicht (s. <https://gemeinschaftsdiagnose.de/category/gutachten/>). Auch in anderen Mitgliedstaaten der EU wird zunehmend befürchtet, dass die deutsche Wachstumsschwäche die dortige Wirtschaft anstecke. Auch der Internationale Währungsfonds und die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) warnen davor (<https://english.elpais.com/economy-and-business/2024-04-01/germanys-paralysis-threatens-european-economy.html>).

Diese Entwicklung ist nicht überraschend, sondern zieht sich anhand der Kapitalabflüsse wie ein roter Faden durch diese Legislaturperiode. Dies belegen die Zahlen des IW Köln (<https://www.iwkoeln.de/studien/christian-rusche-aktuelle-entwicklungen-von-direktinvestitionen.html>). Bereits 2021 konnte mit 100 Mrd. Euro erstmalig ein Rekord an Kapitalabflüssen verzeichnet werden. Im Jahr 2022 fiel dieser Kapitalabfluss mit 125 Mrd. Euro noch höher aus. 2023 kann eine Entspannung festgestellt werden, da „nur“ ein Netto-Abfluss von rund 94 Mrd. Euro verzeichnet wurde. Dies ist jedoch der drittgrößte Nettoabfluss überhaupt in der Zeitreihe, die bis 1971 zurückreicht. Platz 1 und Platz 2 belegen die beiden Vorjahre. Diese geballte Häufung an Netto-Abflüssen in den vergangenen Jahren zeigt, dass es sich jeweils nicht nur um Einzelfälle oder Nachholeffekte gehandelt hat. Diese Zahlen sind alarmierend und zeigen eine drohende, wenn nicht schon anhaltende Deindustrialisierung Deutschlands auf.

Daher besteht dringender Handlungsbedarf. Das jüngst beschlossene Wachstumschancengesetz geht nicht weit genug. Es enthält zwar längst überfällige Maßnahmen. Den Kern des Problems, die Standortbedingungen strukturell zu verbessern, geht die Ampel jedoch nicht an.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,

1. zeitnah eine umfassende Unternehmenssteuerreform zu beschließen, die zu wirklichen Verbesserungen der Strukturen im Steuerrecht und zu nachhaltigen Entlastungen für die Wirtschaft führen. Dazu gehört es,
 - a. den Solidaritätszuschlag zu streichen,
 - b. die Steuern auf einbehaltene Gewinne auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von 25 % zu senken,

- c. eine temporäre, stark degressive „Turboabschreibung“, die signifikante Investitionsanreize über die bestehenden Abschreibungsmöglichkeiten hinaus schafft einzuführen,
 - d. die Begrenzung des Verlustvortrags für Verluste aus den Jahren 2020 bis 2022 (Mindestbesteuerung) temporär auszusetzen,
 - e. und die Gewerbesteuerpflicht auf Hinzurechnungsbeträge nach dem Außensteuergesetz so anzupassen, dass die verfassungsrechtlichen Zweifel behoben und der Gleichlauf zwischen Hinzurechnungsbesteuerung und globaler effektiver Mindestbesteuerung hergestellt wird.
2. frühzeitig für Planungssicherheit zu sorgen, indem die derzeit befristet gesenkte Stromsteuer für das produzierende Gewerbe dauerhaft und für alle auf das europäische Minimum gesenkt wird (0,05 Cent/kWh) sowie die Netzentgelte schnellstmöglich zu halbieren;
 3. ein Bürokratieentlastungsgesetz vorzulegen, dass den Namen auch verdient. Dazu gehört auch, die bestehenden steuerlichen Meldepflichten auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen und gesetzlich anzupassen; zu dieser Prüfung soll die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag bis zum 30. Juni 2024 einen Bericht vorlegen und
 4. ein Belastungsmoratorium umzusetzen, mit dem im ersten Schritt bis Ende 2025 keinerlei zusätzliche Bürokratie für Wirtschaft und Bürger entsteht.

Berlin, den XX. XX 2024

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion